



18. Wahlperiode

Drucksache 18/6182

HESSISCHER LANDTAG

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend Inklusives Hessen – Aktionsplan des Landes mit Leben füllen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstützt ausdrücklich das Ziel einer inklusiven Gesellschaft, in der die Lebensbedingungen in jeder Hinsicht so gestaltet sind, dass alle Menschen – ob beeinträchtigt oder nicht – frei und ohne besondere Anpassungsleistung, ohne jede Diskriminierung zusammen leben und teilhaben können. Eine inklusive Gesellschaft sieht alle Menschen als individuell, besonders und gleichberechtigt an – und dies unabhängig von Herkunft, Weltanschauung, sexueller Identität und unabhängig von ihren Fähigkeiten und Bedarfen.
2. Der Landtag stellt fest, dass in Hessen noch zu viele Menschen von der gleichberechtigten Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben ausgeschlossen sind und Chancengerechtigkeit in Bildung und Beruf nicht erreicht ist. Alle politischen und gesellschaftlichen Ebenen sind im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention gefordert, diese ungerechte Situation zu beenden.
3. Der Landtag stellt fest, dass in Hessen - wie in einigen anderen Bundesländern auch - ein Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet und von der Landesregierung vorgelegt wurde. Der Landtag dankt allen Personen, Institutionen, Verbänden und Organisationen sowie den Expertinnen und Experten in eigener Angelegenheit, die sich an der Erarbeitung des Aktionsplans beteiligt haben.
4. Der Landtag bedauert jedoch, dass der von der Landesregierung vorgelegte Aktionsplan zu unverbindlich und zu wenig konkret ist, um dem Ziel einer inklusiven Gesellschaft erfolgsversprechend näher zu kommen. Der Aktionsplan ist mehr eine Bestandsaufnahme und Zusammenstellung von Aufgabenbeschreibungen. Ihm fehlen konkrete und zeitlich terminierte Handlungsempfehlungen, Maßnahmen und Ziele. So ist bspw. weiterhin nicht erkennbar, wie der inklusive Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen in Hessen konkret und im Sinne der Konvention umgesetzt werden soll. Ein zukunftsfähiges Konzept der Landesregierung für den Weg zu einer inklusiven Gesellschaft ist nicht erkennbar.

5. Der Landtag ist sich bewusst, dass der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nur ein erster Schritt auf dem Weg in ein Inklusives Hessen sein kann. Der Landtag erwartet daher, dass der Aktionsplan in einem transparenten Prozess, in einem offenen gesellschaftlichen Dialog weiterentwickelt wird, konkrete Ziele beschrieben und zeitlich terminiert werden. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Prozess die Einbeziehung der Expertinnen und Experten in eigener Angelegenheit. Ihre Mitwirkung ist Motor und Garant für eine erfolgreiche Umsetzung der großen Herausforderung an unsere Gesellschaft, Inklusion für alle Menschen zu erreichen.

Wiesbaden, den 17. September 2012

Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir